

Goldmark Reparationen bereits gezahlt hat. Besonderen Schwierigkeiten begegnen die deutschen Unterhändler zweifellos in der Frage der weiteren Leistungsfähigkeit, da der letzte Bericht Parker Gilberts, der im Ausland zum anerkannten Freund Deutschlands gestempelt worden ist, die den Entente-Staaten angenehme Meinung von dem Ausfließen der deutschen Wirtschaft ausgelöst hat und die ausländischen Sachverständigen mit diesem Gilbert-Urteil vorbelastet bereits an den gesamten Fragenkomplex herangehen.

Die Hoffnungen und Erwartungen der Gläubigerstaaten im Zusammenhang mit dem Reparationsproblem sind ganz anders wie die deutschen gelagert. In erster Linie sind die Siegerstaaten bestrebt, ihre internationalen Schulden voll und ganz auf uns abzuwälzen. Ihre diesbezüglichen Bemühungen sind bisher an dem starren Festhalten der Amerikaner gescheitert, die eine säuberliche Trennung zwischen interalliierten Schulden und deutschen Reparationen beizubehalten wünschten. So waren denn unsere Gläubiger gezwungen, mit den Amerikanern Abmachungen über die Rückzahlungen der entliehenen Beträge zu treffen. Für diese Verpflichtungen genießen die Schuldner der Amerikaner keinerlei Transferschutz und auch keine Möglichkeit, eine etwaige Kommerzialisierung zu verhindern. Mit anderen Worten, sofern es sich auch um Staatsschulden handelt, ist unter keinen Umständen mit einer Streichung dieser Schulden zu irgend einem gegebenen Zeitpunkt zu rechnen. Diesen Verpflichtungen den Amerikanern gegenüber stehen die Forderungen aus dem Dawes-Abkommen gegenüber, die bisher eine rein politische Schuld des Deutschen Reiches sind und die zudem noch durch den Transferschutz nicht als vollständig frei verfügbar anzusehen sind. Es ist selbstverständlich, daß es unter diesen Umständen den Gläubigerstaaten in erster Linie darauf ankommen muß, möglichst große Beträge aus dem Transferschutz gewissermaßen herauszuheben, außerdem möglichst bald in den Besitz großer Summen zu gelangen, um mit Hilfe des deutschen Geldes ihre Verpflichtungen Amerika gegenüber abzudecken. Da dieses nur im Wege einer Kommerzialisierung, d. h. einer Begebung großer Anleihen, möglich ist, gehen die Bestrebungen der Gläubigerstaaten dahin, möglichst hohe Anleihen durch das Deutsche Reich begeben zu lassen. Sind erst einmal große Teile der deutschen Reparationsschuld durch internationale Anleihen flüssig gemacht, so sind sie gleichzeitig damit in private Schulden des Deutschen Reiches umgewandelt und haben ihren Charakter als politische Schulden verloren. Die Gläubigerstaaten würden bei Zustandekommen solcher Transaktionen also nicht ihre eigenen internationalen Schulden ganz oder teilweise bezahlen können, sondern hätten auch noch den Vorteil, daß die Reparationsschulden von irgend einem der Gläubiger jemals zu politischen Zwecken gegen irgend einen anderen als Druckmittel Deutschland gegenüber ausgenützt werden können. Aber abgesehen von diesen rein politischen Erwägungen verfolgen die Gläubigerstaaten mit der Kommerzialisierung auch noch folgenden Zweck. Solange das Dawes-Abkommen besteht, schneiden sich die fiskalischen Interessen der Gläubigerstaaten mit denen ihrer Wirtschaft, und zwar insofern, als, solange die Gläubigerstaaten in den Besitz von Reparationszahlungen kommen wollen, sie einen deutschen Export zulassen müssen, da anders keine ausländischen Zahlungsmittel beschafft werden können. Dieser deutsche Export macht nun ihrer eigenen Wirtschaft schwere Konkurrenz, und man würde ihn am liebsten ganz droffeln, könnte man diese Maßnahme nur vor der breiten Masse der Steuerzahler rechtfertigen. Sind nun aber die Reparationszahlungen einmal kommerzialisiert und der Transferschutz aufgehoben, so entfällt damit die Verantwortung für die betreffende Regierung, Deutschland zahlungsfähig zu erhalten, dann ist man in der Lage, die Zollmauern weiter auszubauen.

In Anbetracht dieser Gegenfälligkeit der Ziele, die mit der neuen Konferenz von den Beteiligten verfolgt werden, ist es klar, daß man die Hoffnungen auf eine glückliche, im deutschen Sinne glückliche, Lösung nicht überspannen kann.

Vertilge und sächsische Angelegenheiten Karneval

Die Faschingszeit teilt mit Vielen die schiefe Optik der Ueberflüssigkeit. Unter Menschen und im Leben gibt es Verwickelungen und Unsinnigkeiten genug, denkt mancher, wozu erst noch die Karreitei zur Parole machen und dem Mumpitz einen prinzipialen Mantel umhängen? Ein vernünftiger Mensch fragt viel, worauf im Karneval kein Befessener eine genügende Antwort wird geben können oder wollen. Dem Bazillus „Mummenschanz“ unterliegt manch einer, von dem man gedacht hatte, daß er derartiger Extravaganzen gar nicht fähig sei. Geschweige denn, seine verleierte Rolle so gut zu spielen vermöchte. Kaum zum Wiedereerkenne. Fast als ob ihm der Zug Lebenselement sei. Als ob er nie etwas anderes als Blödsinn gemacht hätte.

An solchen Menschen beweist sich die Unentbehrlichkeit des Karnevals. In jedem von uns lebt ein geheimer Drang, einmal aus sich selbst herauszugehen. Einmal die Fesseln abzustoßen, in die ihn der Beruf oder gesellschaftliche Verpflichtungen gezwängt haben. Einmal das Leben nicht so nehmen, wie es ist, sondern wie man es sich gestalten würde, wenn man nicht der sein müßte, der man gerade ist. Meistens nicht nach einem inneren Zuschnitt, sondern als eine Konzeption an ein standesgemäßes Schema.

Im Karneval umkleidet sich der Mensch mit Fittler und Fittlesanz von dem er träumt, wenn er nackte Zahlen addiert, deren Summe sein Weltbild beeinflusst oder gar gestaltet. Ein mehr verstandsnüchternen Nordländer spielt sich in die Rolle eines heißblütigen Spaniers hinein. Ein anderer tobt sich als Maharadscha auf Teufelhaube aus. Im Fasching verüben sich die Exzentrer. Das Unwahrscheinliche wird wie echt improvisiert. Und berauscht umso mehr, je übersteigter es ist. Denn das ist die Würze des Karnevals, daß man für Stunden einen Zipfel von dem hält, was ein Märchenmantel bleibt.

Der Reichswirtschaftsminister zur Reparationskonferenz.

Ueber den Wert und Unwert der Statistik.

Auf einem Empfangsabend des Verbandes der Auswärtigen Presse in Berlin hielt Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius eine Rede über die wirtschaftspolitische Lage Deutschlands. Er bezeichnete es als grotesk, daß die deutschen Länder untereinander in völkerrechtlichen Formen verkehren und miteinander Prozesse führen. Es müsse zu einer Art von Gottesfrieden zwischen Reich und Ländern kommen.

Dann kam Dr. Curtius auf die Pariser Konferenz zu sprechen. Eine objektive Klarstellung der wirtschaftlichen Möglichkeiten durch unabhängige Sachverständige sei erforderlich, ehe die Staaten neue Vereinbarungen träfen. Bis zur Vorlage solcher Vorschläge müsse die Reparationspolitik schweigen. Die Pariser Konferenz werde nachprüfen müssen, ob die deutsche Wirtschaft wirklich schon auf dem Normalstand angelangt sei. Dr. Curtius warnte davor, aus der Statistik falsche Schlüsse auf die deutsche Wirtschaftslage zu ziehen. Der Reichswirtschaftsminister fand dabei aber keine Worte gegen den tendenziösen Neujahrsbericht des Generalagenten für Reparationszahlungen, der in der Auswertung von Statistiken den größten Grad der Unvollkommenheit erreicht hat.

Man könnte die Häuser zählen, die gebaut werden können, aber nicht feststellen, wieviele zur Zeit verfallen sind.

Man könne feststellen, für wie viele Milliarden Reichsmark Werte ausgeführt wurden, aber nicht wieviel Verluste durch niedrige Preise oder durch Uneinbringlichkeit der Forderungen gemacht worden seien. Die Statistik erfasse nur die Ordnung, nicht die Unordnung. Bei der Betrachtung der deutschen Lebenshaltung dürfe man nicht das Bild der Großstädte heranziehen, sondern man müsse auf das platte Land hinausgehen.

Zu den Koalitionsverhandlungen in Preußen

Eine Mahnung der D. V. J. an die Volkspartei.

Berlin, 9. Februar. In einer Besprechung der Koalitionsverhandlungen in Preußen am Freitag, bei denen die Deutsche Volkspartei ihren Anspruch auf zwei Ministerposten festgehalten hat, fordert die D. V. J. mit Nachdruck, daß die Deutsche Volkspartei in Preußen, wie die Dinge nun einmal lägen, den einen ihr angebotenen Ministerposten annehmen und sofort in die Regierung eintreten sollte. Die Lage habe sich infolge des Scheiterns der Koalitionsverhandlungen im Reich entscheidend geändert, so daß es als gänzlich unangebracht Prestigepolitik erscheinen würde, wenn die Volkspartei heute noch auf ihrer früher berechtigten Forderung beharre. In der Annahme des einen Ministerpostens liege die alleinige Möglichkeit, das durch das Scheitern der Großen Koalition im Reich verschlagene Porzellan einigermaßen wieder zu leimen. Wenn in Preußen die Umbildung der Regierung, sei es auch zunächst um den Preis einer geringeren Beteiligung der Volkspartei, jetzt nicht gelinge, dann gebe es überhaupt keine Aussicht mehr im jetzigen Reichstag, zu einer Wehrheitsregierung zu gelangen. Diesen notwendigen Entschluß müsse die Volkspartei so schnell wie möglich fassen. Staatspolitisch bleibe ohne schwerste Erschütterungen zur Zeit kein anderer Ausweg.

Pulsnitz. (Arbeitsjubiläum.) Im Januar beginnt der Postbotenleiter Herr Oskar Voigt, bei der Firma C. R. Borsdorf Nachf., sein 25. jähr. Arbeitsjubiläum. Aus diesem Anlasse händigte Herr Fabrikbesitzer Alwin Rammer, Dorn, dem Jubilar im Auftrage der Handelskammer Zittau das tragbare Ehrenzeichen in Bronze nebst Ehrenurkunde aus. Ferner wurde dem Jubilar von seinem Chef ein Geschenk überreicht und durch Ansprache geehrt. Herr Fabrikbesitzer Alwin Rammer hob in seiner Ansprache besonders hervor, daß sich der Jubilar stets durch Treue und Fleiß in seinem Arbeit auszeichnete. Mögen dem Jubilar noch viele Jahre der Freude an seiner Tätigkeit vergönnt sein. — Dem Jubilar, der über ein Vierteljahrhundert Leser dieser Zeitung ist, auch unseren herzlichsten Glückwunsch!

Pulsnitz. (Hausbesitzer-Verein.) Auf die Sonntag, den 10. Februar, nachm. 3 Uhr im Restaurant Bürgergarten stattfindende Hauptversammlung wird hierd. hingewiesen.

Pulsnitz. (Stiftungsfest.) Der Krankenunterstützungsverein zu Pulsnitz feiert am 16. Februar im hiesigen Schützenhaussaale sein 35. jähriges Stiftungsfest. Konzert, humoristische Vorträge und Tanz in verschiedenen Moden werden den Abend verschönen. Die Mitglieder mit ihren Angehörigen, sowie die hoffentlich recht zahlreich sich einfindenden Gäste, alt und jung werden also voll und ganz auf ihre Rechnung kommen. Alles nähere nächste Woche in der Donnerstagnummer dieses Blattes.

Pulsnitz. (Hinweis.) Auf die im amtlichen Teil der heutigen Nummer befindlichen Bekanntmachungen des Finanzamts Ramenz, öffentliche Aufforderungen zur Abgabe von Steuererklärungen für die Frühjahrsveranlagung 1929 und zur Abgabe der Gewerbesteuererklärung für das Rechnungsjahr 1929 betr., wird nochmals besonders aufmerksam gemacht.

Pulsnitz. (Lehrkursus im Tischdecken und Servieren.) Im Hotel „Grauer Wolf“ wird am Montag, den 11. und Dienstag, den 12. Februar ein Lehrkursus im Tischdecken und Servieren verbunden mit Anstandslehre von der Leiterin M. Warecha abgehalten werden. Aufklärung über alle im täglichen Leben und bei Festlichkeiten vorkommenden Tafelbeden. Pflichten der Hausfrauen und des Personals. Vorstellungen, Empfang der Gäste, Verhalten bei Besuchen und in allen Lebenslagen. Der Kursus wird sach-

Der erste Reichspräsident.

Am 11. Februar sind zehn Jahre verflossen, seitdem die am 6. Februar 1919 zusammengetretene Deutsche Nationalversammlung als ihre ersten Amtshandlungen die Wahl des Deutschen Reichspräsidenten vornahm. Die Mehrheit entschied sich damals für Friedrich Ebert, der seit 1912 Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gewesen, bis zu den Novemberevents des Jahres 1918 indessen außerhalb der eigenen Partei nicht allzusehr hervorgetreten war.

Zehn Jahre sind eine lange Zeit, besonders bei der Fülle sich überstürzender Ereignisse auf politischem Gebiete wie sie jeder Tag besichert. Es wird nicht allem Zeitgenossen mehr bewußt sein, daß die Wahl Eberts nur eine vorläufige war. Das Amt sollte verwaltet werden bis zum Amtsantritt des „vom ganzen deutschen Volk“ zu wählenden ersten Reichspräsidenten, wie das § 41 der Reichsverfassung vorschreibt, — das bedeutet also nicht die Vertretung des Volkes, d. h. die Nationalversammlung oder den Reichstag sondern das Volk selbst, die Wählerschaft. Demgemäß war eine neue Wahl auszuschreiben, die Zeit dafür war Ende 1922 gekommen, der Reichstag entschloß sich aber in seiner Sitzung vom 24. Oktober 1922 zur Annahme eines Gesetzes über die Verlängerung der Reichspräsidentenschaft bis zum 30. Juni 1923. Der Präsident selbst fügte sich nur ungern der Neuwahl; leicht war sein Amt bisher nicht gewesen; es sei erinnert an die aberschließlichen Wirren an das Londoner Ultimatum, die Vorbereitung des Ruhrkampfes, die Versuche zu gewalttätiger Umsturz der Regierung.

Wenn wir des Präsidenten Ebert gedenken, so gebietet objektive Beurteilung, anzuerkennen, daß er sich bemüht hat sein Amt „gerecht und unparteiisch“ zu führen, wie er das in seiner Erwiderung auf die Wahl vom 11. Februar 1918 sagte. Nach Eberts Neuwahl kamen besonders schwierige Zeiten, in denen es galt, „die Freiheit aller Deutschen zu schützen“, um ein weiteres Wort aus seiner Ansprache vom Februar 1919 anzuführen. Der Ruhrkampf von 1923/24 blieb uns nicht erspart, außer ihm gab es zahlreiche weitere innere Schwierigkeiten.

Das demokratische Wehrprogramm.

Dem Parteivorstand der Demokratischen Partei wird ein Entwurf eines demokratischen Wehrprogramms zur Beschlußfassung vorgelegt werden, worüber er am 12. Februar entscheiden wird. In dem Entwurf heißt es u. a.: Die Wehrpolitik ist einzuordnen in die Gesamtpolitik der Deutschen Republik. Die Demokratische Partei ist für eine Politik des friedlichen Zusammenlebens mit den anderen Völkern der Welt. Lebensaufgabe des Völkerbundes sei es, wirksame Garantien für den Völkerfrieden zu schaffen. Deutschland habe einen unbestreitbaren Rechtsanspruch auf eine allgemeine Abrüstung. Die deutsche Wehrmacht sei zur Verteidigung der Deutschen Republik nach außen unentbehrlich. Die Reichswehr müsse ein Volksheer sein. Ihre Politisierung sei abzulehnen. Verbindung mit den staatsfeindlichen Verbänden widerspreche der Wehrart der republikanischen Wehrmacht.

Die Tätigkeit der Heeresleitung müsse der parlamentarischen Kontrolle unterliegen. Die Fürsorge und das militärische Disziplinar- und Strafrecht in der Reichswehr müßten ausgestaltet werden.

Amanullah vor Kabul.

Eine schwere Schlacht im Gange.

Konno. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist nordöstlich von Kabul eine Schlacht im Gange. Der Kommandant ist in Kabul zu hören. Die Vorhut der Truppen Amanullahs steht 45 Kilometer vor Kabul und ist noch 15 Kilometer von den Haupttruppen Habibullahs entfernt.

gemäß von erster Kraft ausgeführt. Es wird besonders den Hausfrauen und Töchtern empfohlen, ihre Anmeldungen zum Kurus sobald als möglich in obigem Lokal abzugeben und am Kurus recht pünktlich zu erscheinen, da Ordnung zur ersten Pflicht gehört. (Siehe Inserat.)

Pulsnitz. (Die Mütterberatung) findet am Dienstag, den 12. Februar 1929, nachm. 3—4 Uhr im Rathaus — 1 Treppe — statt. Arzt wird anwesend sein.

Pulsnitz. (Der ärztliche Sonntagsdienst) wird am Sonntag, den 10. Februar 1929 von Herrn Dr. med. Viertel versehen.

(Es bleibt kalt.) Die Aussichten auf ein baldiges Ende der großen Kälte sind zunichte geworden. Die Verhältnisse auf dem Atlantischen Ozean, die in der Vorwoche einer Erwärmung des Kontinents günstig erschienen, bieten zur Zeit keine Aussicht auf einen Frostabbau, und der tiefe Winter, der Europa in Eis und Schnee gebannt hat, wird sein Regiment sobald noch nicht lockern. Die strenge Kälte wird vielmehr fortdauern und sich vermutlich auch wieder über die Alpen und Italien ausbreiten, wo Donnerstag durch wärmere Mittelmeerluft Tauwetter mit Regen eingetreten ist.

— (Neuordnung des ehelichen Güterrechts?) Das sächsische Justizministerium prüft eine Neuordnung des ehelichen Güterrechts. Die sächsischen Handelskammern äußerten sich dazu, wie aus Dresden gemeldet wird, daß eine Aenderung des ehelichen Güterrechts nicht unbedingt geboten sei und daß der vom BGB. vorgesehene gesetzliche Güterstand der Verwaltung und Nutzung des Ehegutes am Frauengut, wenn überhaupt, dann nur durch den vollständigen Gütertrennung ersetzt werden möchte, da andere Güterstände den Bedürfnissen der Beteiligten und des wirtschaftlichen Verkehrs infolge ihrer Weiräumlichkeit nicht entsprächen und daher schon immer gemieden worden seien.

— (Endlich Verwaltungsreform in Sachsen.) Wie wir hören, setzte der interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien am Mittwoch seine Beratungen über Verwaltungsreform fort. Nach gründlicher Aussprache wurde die Regierung ersucht, dem Landtag einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen. — Es handelt sich um ein Ermächtigungsgesetz, mit Hilfe dessen die Reform durchgeführt wer-

